Zur (Un-)Möglichkeit von Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft

Zwischen institutioneller Steuerung und Selbstorganisation von Interessenvertretung in Feldern der Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe lässt sich als ein gesellschaftlich verantwortetes, dabei staatlich reguliertes Feld der institutionalisierten, professionellen Förderung, Unterstützung und Hilfe im Bereich der Sorge, Erziehung und Bildung für Familien, Kinder und Jugendliche bestimmen. Die rechtliche Grundlage bilden das Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) und das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSTG), die analog zur UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Teilhabe junger Menschen beinhalten.

Mit dem Begriff der Teilhabe ist wiederum ein sozialpolitischer Leitbegriff der letzten Jahrzehnte, aber auch ein Schlüsselbegriff einer gesellschaftlichen Selbstdeutung als Demokratie bezeich-

Kathrin Maleyka

Siegen, Deutschland

*1979, Staatsexamen Lehramt, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Fakultät II Department Erziehungswissenschaft, Universität
Siegen.

Kathrin.Maleyka@uni-siegen.de

Stefanie Bonus

Technische Hochschule Köln, Köln, Deutschland

Sozialarbeiterin (B.A.); M.A. Soziale Arbeit. Mitarbeiterin am
Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung der TH Köln.

Stefanie.bonus@th-koeln.de

Marcela Cano

Technische Hochschule Köln, Köln, Deutschland

Pädagogin der frühen Kindheit und Familienbildung (B.A.);
M.A. Soziale Arbeit. Mitarbeiterin am Forschungsschwerpunkt
Nonformale Bildung der TH Köln.

Marcela.cano@th-koeln.de

Nils Wenzler

Technische Hochschule Köln, Köln, Deutschland

Dipl. Sozialpädagoge; M.A. Soziale Arbeit. Mitarbeitender am
Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung der TH Köln.

Nils.wenzler@th-koeln.de

Zusammenfassung Die Beiträge des Schwerpunkts „Interessenvertretung in der Kinder- und Jugendhilfe“ befassen sich mit den Möglichkeiten der Partizipation und Selbstorganisation, die Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe eröffnet bzw. verwehrt sind. Obwohl solche Möglichkeiten durchaus eine rechtliche Verankerung haben, sind sie in der Praxis nur unzureichend umgesetzt. Wie die Beiträge verdeutlichen, liegen die Ursachen hierfür in Dilemmata, die nicht zuletzt in Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe ihre Ursache haben. Aus fünf unterschiedlichen Perspektiven wird ein Einblick in jene strukturellen Dilemmata gegeben, die jeweils der Mitgestaltung junger Menschen im Hinblick auf ihre Lebensentwürfe und -umstände entgegenstehen; gleichzeitig werden Möglichkeiten deren produktiver Bearbeitung aufgezeigt.

Schlüsselwörter Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, Teilhabe, Selbstorganisation, Nutzer_innen

net. Sozialpolitisch beschreibt Teilhabe in den Beiträgen des Schwerpunkts das Verhältnis junger Menschen zu den sie betreffenden gesellschaftlichen Bedingungen ihres Aufwachsens. Der sozialpolitische Teilhabebegriff fragt sodann danach, „[...] inwiefern Menschen nach ihren eigenen Vorstellungen, die in der Gesellschaft vorfindbaren und gestaltbaren Optionen nutzen können (und nicht nutzen können) sowie tatsächlich nutzen (und nicht nutzen)“ (Bartelsheimer et al. 2020, S. 45).

Mit Blick auf die demokratische Gesellschaftsformation verweist Teilhabe auf die Zugänge und Öffnung von Berechtigungsräumen und das Recht auf die Mitgestaltung der gesellschaftlichen Bedingungen. Während der sozialpolitische Begriff es ermöglicht, die selbstbestimmte Lebensführung jeweils konkreter Individuen und deren partikularen Interessen in den Blick zu neh-

men, zielt die Perspektive der Berechtigungsräume auf gesellschaftliche Positionen von Individuen und Gruppen und deren Möglichkeit der Vertretung ihrer Interessen im Hinblick auf allgemeine Themen gesellschaftlicher Bedingungen des Aufwachsens. In diesem letzteren Fall geht es um die Ermöglichung aber auch Verweh- rung von Teilhabe im Sinne einer Verteilungs- bzw. Um- verteilungsfrage. „Es geht darum, dass in der Geschichte der modernen Demokratie die Freiheiten der einen reg-elmäßig die Zwänge der anderen waren, dass die Be- rechtigung der einen auf der Entrechtung anderer be- ruhte“ (Lessenich 2019, S. 18).

Basierend auf einer demokratietheoretischen und de- mokratiegeschichtlichen Perspektive lässt sich fragen, inwieweit in der Kinder- und Jugendhilfe die Bereit- schaft besteht, Berechtigungsräume zu öffnen, Selbstor- ganisation zu ermöglichen und eine (Selbst-)Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen zuzulas- sen. Teilhabe braucht, um wirksam zu sein, Verankerun- gen in den Institutionen, damit die Interessen von Kin- dern und Jugendlichen dort Gehör finden. Damit wird die Frage nach der (selbstorganisierten) Interessenver- tretung von Kindern und Jugendlichen im Kontext des Systems der Kinder- und Jugendhilfe zu einer Frage nach den Möglichkeiten und Verwehungen von Teilhabe im politischen Sinne. Grundlegend leitet sich der Anspruch auf Teilhabe für junge Menschen aus dem Grundgesetz ab, darüber hinaus formulieren die UN-Kinderrechte- konventionen den Anspruch auf Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensver- hältnisse (vgl. Bericht der Enquête-Kommission „Kin- derschut und Kinderrechte weiter stärken“ 2018). An- schlüsse an das Thema finden sich aber auch in den theorie-konzeptionellen Entwürfen Sozialer Arbeit, in der Rede vom ‚Subjekt der Verhältnisse‘, Partizipation und Selbstbestimmung, oder in den fachpolitischen De- batten, unter den Schlagworten Mitbestimmung und Beteiligung (vgl. Deutscher Bundestag 2013, S. 77). Als aktuellen Anlass lassen sich vor allem zwei Punkte an- führen, welche gleichermaßen auf der fachpolitischen Ebene angesiedelt sind:

- Erstens ist im 16. Kinder- und Jugendbericht der Bunderegierung neben dem Recht jedes jungen Men- schen auf politische Bildung (S. 11) festgehalten, dass politische Teilhabe (bzw. Beteiligung) dazu beiträgt „[...] junge Menschen für die Demokratie zu gewin- nen und sie zur demokratischen Teilhabe sowie zum Einsatz für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befä- higen“ (Deutscher Bundestag 2020, S. 14). Darüber hinaus heißt es in der Stellungnahme der Bundesregie- rung, „[...] dass Kinder und Jugendliche ihre sozialen Räume wirksam mitgestalten und über reale Konflik-

te und Probleme mitentscheiden sollten und wird be- stehende Regelungen daraufhin überprüfen, inwiefern die Mitbestimmung von jungen Menschen verbessert werden kann“ (Deutscher Bundestag 2020, S. 14).

- Zweitens lässt sich die Debatte zur Novellierung des SGB VIII anführen. Der Gesetzesentwurf der Bundes- regierung (Bundesregierung 2017) sieht im Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe in § 1 vor, „[...] die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft für alle jungen Menschen zu verwirk- lichen [...]“ (Bundesregierung 2017, S. 10).

Auch hier wird als politischer Handlungsbedarf die Be- teiligung an Entscheidungsprozessen aufgerufen: „Star- ke Kinder und Jugendliche brauchen mehr Beteiligung an den für ihr Aufwachsen maßgeblichen Entschei- dungsprozessen: [erforderlich sind] bessere Beratungs- zugänge und erweiterte Beteiligungs- und Beschwer- demöglichkeiten für Kinder und Jugendliche [...]“ (Bundesregierung 2017, S. 1).

Die Bildung und Implementierung von Interessen- vertretungen in der Kinder- und Jugendhilfe stellen zusammengefasst ein Desiderat dar. Ihre rechtliche Verankerung garantiert jedoch keineswegs eine unpro- blematische Umsetzung. In der Praxis zeigt sich viel- mehr, dass wichtige Bedingungen einer Interessenvertre- tung junger Menschen in unterschiedlichen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe bisweilen nur unzureichend ge- geben sind. Wie die Beiträge des Themenschwerpunktes darlegen, liegt dieser „Lücke“ jeweils ein strukturelles Problem zugrunde:

Die ersten beiden Beiträge rücken Möglichkeitsräu- me der Teilhabe, die das Jugendverbandssystem jungen Menschen eröffnet, in den Blick. *Stefanie Bonus*, *Mar- cela Cano* und *Nils Wenzler* fokussieren in dem Zu- sammenhang auf die Frage nach Teilhabemöglichkei- ten, die das gegenwärtige Jugendverbandssystem jungen Menschen bietet, die sich in Selbstorganisationen zu- sammenfinden. Der Beitrag rückt die legitimatorischen Rahmungen des Jugendverbandssystems als staatlich geförderter Berechtigungsraum und die empirisch in Er- scheinung tretenden Subjekte, die sich in Selbstorgani- sationen zusammenfinden, in ein Wirkungsgefüge. Was sich dabei zeigt, ist, dass systemimmanente Legitimi- onsstrukturen, weil ihnen ein regulierendes, kollektivie- rendes, zuweilen sanktionierendes Moment innewohnt, bisweilen einschränkend hinsichtlich der Möglichkeiten der Teilhabe junger Menschen in Form von Selbstorga- nisationen wirken.

Auch der zweite Beitrag von *Deniz Greschner* bewegt sich thematisch im Jugendverbandssystem. Hier wird der Fokus auf sogenannte „safer spaces“ in solchen

© Ruth Hebler

Jugendverbänden gelegt, die sich öffentlich als muslimisch positionieren. Safer spaces kommen, wie die Autorin ausgehend von ihrer eigenen Feldforschung zeigt, durchaus unterschiedliche Bedeutungen im Kontext muslimischer Jugendverbände zu: Sie stellen für junge Menschen Orte des politischen Bewusstseins und Engagements, aber auch Refugien dar, in denen Zuflucht vor defizitorientierte Zuschreibungen bieten, die aus Sicht der Autorin nicht zuletzt durch Strukturen der Jugendverbandsarbeit befeuert werden.

Die Frage nach Möglichkeiten der Partizipation und Selbstorganisation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit steht im Mittelpunkt des Beitrags von *Benedikt Sturzenhecker* und *Moritz Schwerthelm*. Die Autoren konstatieren die Förderung von Selbstorganisation benachteiligter Kinder und Jugendlichen als Aufgabe der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, sehen diese Aufgabe jedoch zum Teil gerade dadurch nur unzureichend bearbeitet, dass pädagogische Fachkräfte Kindern und Jugendlichen Fähigkeiten der Selbstorganisation absprechen. Konsequente Förderung von Partizipation und Selbstorganisation setze aus Sicht von Sturzenhecker und Schwerthelm voraus, Kinder und Jugendliche nicht als hilfsbedürftig und insofern defizitär zu objektivisieren, sondern vielmehr ihre Fähigkeiten und Ressourcen anzuerkennen und damit Bedingungen für selbstbestimmtes und -organisiertes Handeln zu schaffen.

Tilman Lutz und *Johannes Richter* lenken in ihrem Beitrag den Fokus auf die Frage danach, inwiefern Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe deren Adressat_innen erreichen. Ausgehend von eigenen empirischen Befunden zeigen die Autoren, dass Machtasymmetrien einerseits sowie Zugangshemmnisse andererseits es häufig verhindern, dass ombudtschaftliche Beratungsangebote von jungen Menschen in Anspruch genommen werden. Ausgehend von dieser Befundlage plädieren Lutz und Richter für den Ausbau bzw. die Stärkung solcher Strukturen, die es den Adressat_innen von Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen, ombudtschaftliche Beratungsangebote als Ressource zu deuten und sie entsprechend aufzusuchen.

Ebenfalls thematisch im Feld der Kinder- und Jugendhilfe angesiedelt, befasst sich schließlich der Beitrag von *Zoe Clark*, *Kathrin Maleyka* und *Arne Wohlfarth* mit der Frage nach Voraussetzungen einer selbstorganisierten Interessenvertretung junger Menschen, die in stationären Hilfen zur Erziehung leben. Ausgehend von dem empirischen Befund, dass sich diese jungen Menschen zum Teil nicht als politisierte Subjekte und insofern als mitbestimmungsbefähigt konzeptualisieren. Die Autor_innen schlussfolgern, dass es nicht zuletzt die Strukturen der Organisation sind, die die Herausbildung solcher Selbstkonzepte befördern, die wiederum der Partizipation an einer selbstorganisierten Interessenvertretung diametral entgegenstehen.

Die fünf Beiträge geben auf unterschiedliche Weise einen Einblick in strukturelle Dilemmata, die einer selbstbestimmten, selbstorganisierten Partizipation junger Menschen an der Mitgestaltung ihrer Lebensumstände entgegenstehen. Sie zeigen allerdings auch Möglichkeiten auf, diesen Dilemmata entgegenzuwirken und sind insofern als Impulse für die Praxis interpretierbar. ❀

Eingegangen. 26. Juli 2021

Angenommen. 26. Juli 2021

Funding. Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access. Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

Bartelsheimer, P., et al. (2020). *Teilhabe – eine Begriffsbestimmung*. Wiesbaden: VS.

Bericht der Enquete-Kommission Kinderschutz und Kinderrechte (2018). *Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken*. Bürgerschaft der freien Hansestadt Hamburg (Hrsg.) Drucksache 21/16000 vom 19.12.2018

Bundesregierung (2017). *Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG)*. Gesetzentwurf der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 18/12330 vom 15.05.2017.

Deutscher Bundestag (2013). *Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 14. Kinder- und Jugendbericht – und Stellungnahme der Bundesregierung*. Bundestagsdrucksache 17/12200 vom 30.01.2013.

Deutscher Bundestag (2020). *Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter und Stellungnahme der Bundesregierung*. Bundesdrucksache 19/24200 vom 11.11.2020.

Lessenich, S. (2019). *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.

Hier steht eine Anzeige.

Springer